

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 6 86 846 ppbn d



Inhalt

Anke Fuchs MdB zum 1.
Mai: Der Tag der Arbeit und
des Friedens.

Seite 1

Rudolf Dreßler MdB zur
Zerschlagung der Gewerk-
schaften vor 55 Jahren:
Lehren aus dem 2. Mai
1933.

Seite 3

Magdalene Hoff MdEP
zum Erfordernis, die EG-
Nahrungsmittelhilfe zu ent-
bürokratisieren: Die Hun-
gernden in Afrika können
nicht warten.

Seite 5

Dokumentation

Wir dokumentieren die Re-
de, die Heinz Westphal,
Vizepräsident des Deut-
schen Bundestages, am 28.
April auf der Trauerfeier für
Lotte Lemke in Bonn hielt.

Seite 6

43. Jahrgang / 82

29. April 1988

Tag der Arbeit und des Friedens

Gedanken zum 1. Mai

Von Anke Fuchs MdB
Bundesgeschäftsführerin der SPD

Der 1. Mai 1988 steht unter dem gewerkschaftlichen Motto „Arbeit für alle - Gerechtigkeit für jeden - Gemeinsam handeln“. Sozialdemokraten und Gewerkschaften demonstrieren gegen Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Einschränkung von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten. Gemeinsam richten wir an diesem Tag den Appell an die Bundesregierung und die Arbeitgeber, sich nicht länger an Massenarbeitslosigkeit zu gewöhnen. Wir brauchen eine andere Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik, damit jeder Mann und jede Frau einen Arbeitsplatz haben. Und wir brauchen eine neue Reformpolitik, um soziale Gerechtigkeit zu erhalten und zu stärken und die Demokratie auch im Betrieb und am Arbeitsplatz erfahrbar zu machen.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist seit Jahren katastrophal: weit über zwei Millionen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland sind als Arbeitslose registriert. Über eine Million Arbeitslose suchen als sogenannte „stille Reserve“ vergeblich einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz. Die bisherige Politik der Bundesregierung hat völlig versagt. Ihre Konzepte haben die Massenarbeitslosigkeit nicht beseitigt. Die Unternehmer haben hervorragend verdient. Und die radikale Umverteilung der Einkommen hat die Kassen der Unternehmer und der Vermögenden klingeln lassen. Aber die Investitionstätigkeit der Unternehmer blieb flau. Mit dieser Politik muß endlich Schluß sein.

Arbeitslosigkeit zerstört Lebenschancen, vergeudet Leistungsbereitschaft und Begabung und schafft neue Armut.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Fremdplatt-Umgebung
aus spezialisiertem Recycling-Papier



Arbeitslosigkeit ist sozialer Sprengstoff und schwächt das Vertrauen in die politische und soziale Ordnung. Deshalb kämpfen wir gemeinsam mit den Gewerkschaften für eine neue Investitionsoffensive für qualitatives Wachstum, mehr Arbeitszeitverkürzungen und einen gezielten Ausbau der Arbeitsmarktpolitik. Wer vor der schlimmen Herausforderung der Massenarbeitslosigkeit resigniert, schadet unserem demokratischen Gemeinwesen und versündigt sich an dem Schicksal von Millionen von Menschen.

An diesem 1. Mai demonstrieren wir auch für Frieden und Sicherheit. Gemeinsam mit den Gewerkschaften appellieren wir an die Großmächte, den Prozeß der Abrüstung, der weltweiten Verständigung und der Zusammenarbeit fortzusetzen.

Das Abkommen über die Beseitigung der sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenwaffen ist ein Sieg der Vernunft. Dieses Abkommen läßt alle hoffen, daß weitere Abrüstungsschritte folgen. Die Großmächte haben mit diesem Abkommen gezeigt, daß Sicherheit nicht automatisch mehr Aufrüstung und mehr Waffen bedeuten muß.

Wir kämpfen dafür, daß dieser Prozeß der Abrüstung weitergeht. Dem Abkommen über die atomaren Mittelstreckenwaffen muß noch in diesem Jahr ein Abkommen über die strategischen Langstreckensysteme folgen. Das START-Abkommen ist zum Greifen nahe. Diese Chance zur weiteren Abrüstung darf nicht ausgelassen werden.

Es liegt im Interesse der gesamten Menschheit, daß die militärische Konfrontation zwischen Ost und West durch einen friedlichen Wettstreit der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme abgelöst wird. Nur dadurch können die Grenzen durchlässiger und die Menschenrechte wirksamer werden. Erfreulicherweise hat sich das Klima zwischen den Weltmächten in den letzten Monaten zum Guten verändert. Wo es bislang Konfrontation gab, ist jetzt auch Kooperation möglich. So etwa bei dem Afghanistan-Abkommen, das uns alle auf eine friedliche Lösung hoffen läßt. Natürlich können wir mit dem Erreichten uns nicht zufrieden geben. Der Krieg zwischen dem Iran und dem Irak kostet jeden Tag hunderten und tausenden Menschen das Leben und legt ganze Städte in Schutt und Asche. Auch der Frieden in Mittelamerika bleibt gefährdet. Und die Lage im südlichen Afrika bleibt explosiv, solange die Menschenrechte der schwarzen Bevölkerung durch eine brutale Apartheid mißhandelt werden.

Deshalb demonstrieren wir am 1. Mai auch dafür, daß der Prozeß der weltweiten Verständigung und Zusammenarbeit nicht ins Stocken gerät, sondern mit aller Kraft vorangetrieben wird.

(-/29.4.1988/rs/ks)

* * *

Lehren aus dem 2. Mai 1933

Zur Zerschlagung der Gewerkschaften vor 55 Jahren

Von Rudolf Dreßler MdB

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

„Dienstag, den 2. Mai 1933, vormittags 10 Uhr, beginnt die Gleichschaltung gegen die Freien Gewerkschaften.... SA beziehungsweise SS ist zur Besetzung der Gewerkschaftshäuser und der Inanspruchnahme der in Frage kommenden Persönlichkeiten einzusetzen.“

Das seit dem 21. April von der obersten Leitung der NSDAP verschickte „Rundschreiben Nr. 6/33“ hatte die Vorbereitungen für die Zerschlagung der Freien Gewerkschaften getroffen. Am 2. Mai war es dann soweit: schlagartig, vormittags um 10 Uhr, wurde in einer koordinierten Aktion die Besetzung der Gewerkschaftseinrichtungen - der Gewerkschaftshäuser, der Arbeiterbanken, der Gewerkschaftszeitungen - durchgeführt. Beteiligt waren neben SA und SS auch „Stahlhelm“-Mitglieder. In Duisburg erschlugen diese Nazi-Trupps vier Funktionäre. Viele andere werden mißhandelt, verhaftet und zum Teil monatelang inhaftiert. Jede Fortführung freier Gewerkschaften wird verboten.

Mit dieser gewaltsamen Zerschlagung vollziehen die Nationalsozialisten die Konsequenz aus einer Tatsache, die heute noch zu oft übersehen wird: sie hatten bei allen Bemühungen, bei allem Terror, in den Betrieben nicht Fuß fassen können. Dies zeigen die Zahlen und Ergebnisse der Betriebsratswahlen, die die Freien Gewerkschaften trotz aller Pressionen Ende April 1933 veröffentlichten. Auch nach der Machtergreifung, und sich häufenden Terrormaßnahmen, hatte die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation im Frühjahr lediglich 11,7 von Hundert der Betriebsratsmandate erringen können. Die Freien Gewerkschaften hingegen 73,4 von Hundert. Diese Ergebnisse belegen, daß das in der Weimarer Republik mit dem Reichsbetriebsrätegesetz geschaffene Bollwerk der Demokratie in den Betrieben dem Ansturm der Nationalsozialisten widerstanden hatte. Die damit entstandene Zahl von 300.000 Betriebsräten fühlte sich dem Gedanken der sozialen Republik, der Wirtschaftsdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung verpflichtet. In den Betrieben und unter den Arbeitern hatten die Nazis 1933 keine Unterstützung - im Gegenteil.

Dies ist auch die erste zentrale Lehre, die aus dem 2. Mai 1933 und der Weimarer Republik zu ziehen ist: eine Beteiligung der Arbeiter in den Betrieben, reale Mitbestimmung, starke Betriebsräte und Wirtschaftsdemokratie stärken die Demokratie, weil sie dann auf die Arbeitnehmer als starke Stütze zählen kann.

Das zeigt auch die weitere Entwicklung: Auch nach der Zerschlagung der freien Gewerkschaften war 1934 bei den Vertrauensleute-wahlen das Ergebnis für die Nationalsozialisten so schlecht, daß eine statistische Zusammenfassung unterblieb.

Auf der anderen Seite reicht die Kraft der geschwächten Arbeiterbewegung nicht aus, wirksame Kampfaktionen durchzuführen: Ende Juni 1932 waren 43,8 von Hundert der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos, 21,7 von Hundert arbeiteten kurz. Diese Massenarbeitslosigkeit, Mitgliederverluste und die Beschränkung der Unterstützungsmöglichkeiten hatten die Gewerkschaften entscheidend geschwächt. Dies bildet für uns heute die zweite Lehre aus jener Zeit: Arbeitslosigkeit und geschwächte Gewerkschaften schwächen auch die Demokratie, weil ihr soziales Fundament mehr oder weniger schnell ausgehöhlt wird.

Eine weitere - die dritte Lehre - hatten die Gewerkschaften am Ende der Weimarer Republik bereits zu ziehen begonnen: die Notwendigkeit einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung, der Einheitsgewerkschaft.

Die Deutsche Gewerkschaftsbewegung war in der Weimarer Republik in über 200 berufsgewerkschaftliche und richtungsgewerkschaftliche Organisationen gespalten. Erst gegen Ende kam es zu einer stärkeren Zusammenarbeit: im Dezember 1931 wird auf Initiative des ADGB die „Eiserne Front“ gegründet. Dieser Zusammenschluß von ADGB, SPD, Reichsbanner und Arbeitersportverbänden will als Kampforganisation gegen die wachsende Gefahr des Nationalsozialismus die demokratischen Grundlagen erhalten. Auch die Gewerkschaftsbünde arbeiten nunmehr enger zusammen. Von den zahlreichen Gemeinsamkeiten ist es kein weiter Weg mehr bis zur Überzeugung der Notwendigkeit einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung. Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung waren darüber im Frühjahr 1933 zwischen führenden Vertretern der Gewerkschaften schon Gespräche geführt worden, allerdings - wie die weitere Entwicklung gezeigt hat - zu spät.

Daß Schwächung auf der einen und Terror auf der anderen Seite auch zu Resignations- und Anpassungstendenzen führten, soll keineswegs beschönigt werden. Doch die gewaltsame Aktion und Zerschlagung der Freien Gewerkschaften durch den nationalsozialistischen Terror zeigt deutlich, daß in Betrieben und Arbeiterschaft keine Unterstützung für Hitler vorhanden war. Weitere Maßnahmen folgten: am 19. Mai wurden Tarifautonomie, Streikrecht und bisheriges Schlichtungswesen beiseitegeräumt. Der illegale Widerstand beginnt, der Name Wilhelm Leuschner steht hier nur stellvertretend für viele andere Gewerkschafter, die ihr Eintreten für die Demokratie mit dem Leben bezahlten.

Wichtige Lehren aus dem 2. Mai 1933 wurden mit dem Wiederaufbau 1945 gezogen, die Fundamente dafür schon im Widerstand gelegt: starke Einheitsgewerkschaften sind eine wichtige und verlässliche Stütze der Demokratie. Man sollte das auch nach 55 Jahren nicht vergessen.

(-/29.4.1988/rs/ks)

Die Hungernden in Afrika können nicht warten

Zum Erfordernis, die EG-Nahrungsmittelhilfe zu entbürokratisieren

Von Magdalene Hoff MdEP
Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Die SPD-Europaabgeordneten fordern die Bundesregierung auf, bei der Neuorientierung der EG-Nahrungsmittelhilfe nicht länger deren Bürokratisierung zu betreiben. Es ist ein Skandal, daß AA-Staatsministerin Irmgard Adam-Schwaetzer als amtierende Ratspräsidentin auf der jüngsten Konzentrierungssitzung des Europäischen Parlaments und Ministerrats in Luxemburg die bisherige Nahrungsmittelhilfe der EG als zufriedenstellend bezeichnet hat. Das Gegenteil ist richtig.

Es ist einfach unverständlich, wie die Ministerin zu diesem Urteil angesichts der Tatsache kommen kann, daß nach jüngsten Erhebungen 1986 von rund 1,1 Milliarden DM nur rund 800 Millionen, also nur zwei Drittel, ausgegeben wurden. Vor dem Hintergrund der Hungerkatastrophen in Afrika ist diese Behauptung eine Verdrehung der Wahrheit, wie man sie selten findet. Der Europäische Rechnungshof und das Europäische Parlament haben darauf zurecht hingewiesen, daß es unmöglich ist, wenn bei einem solchen Ausmaß von Hunger in der Welt ein Drittel der EG-Nahrungsmittelhilfe verfällt. Das grenzt an unterlassene Hilfeleistung und muß in den betroffenen Ländern auf fassungsloses Unverständnis stoßen. Denn dort sind die Haushaltsansätze der EG durchaus bekannt und für die vom Hunger Gepeinigten ein letzter Hoffnungsschimmer.

Folgerichtig fordert das Europäische Parlament ebenso wie die EG-Kommission, daß die Nahrungsmittelhilfe künftig rasch und unbürokratisch abgewickelt wird. Der von Irmgard Adam-Schwaetzer für den EG-Ministerrat vertretene Verordnungsentwurf widerspricht diesen Zielen vollständig: Die Entscheidungsfristen sollen auf zwei Monate verlängert und die Ausführung der Nahrungsmittelhilfe durch die EG-Kommission den Mehrheitsbeschlüssen des Ministerrates unterworfen werden.

Solche Pläne sind angesichts des Notstandes, der sich jetzt wieder mit der dramatischen Heuschreckenplage in Afrika abzeichnet, der pure Zynismus. Die Nahrungsmittelhilfe eignet sich so wenig wie kein anderer Politikbereich für bürokratische Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten der EG und der EG-Kommission. Denn bis dieser sattem bekannte kleinliche Hickhack jeweils ausgestanden wäre, können tausende Menschen verhungert sein.

Deshalb müssen die Ratsvorschläge so geändert werden, daß eine wirksame Hilfe gegen den Hunger in der Welt möglich wird. Die Verlängerung der bestehenden Übergangsregelung um ein Jahr gibt dem Rat die nötige Zeit zum Nachdenken. Dabei sollte er auch bedenken, daß seine Vorschläge auch gegen den Grundsatzbeschuß des Brüsseler Gipfels vom 8. Februar dieses Jahres verstoßen. Noch druckfrisch kann man dort lesen, daß der EG-Kommission größere Kompetenzen bei der Durchführung der Gemeinschaftspolitik übertragen und die Mitentscheidungsrechte des Parlaments gestärkt werden sollen.

(-/29.4.1988/rs/ks)

DOKUMENTATIONHeinz Westphal: Wir vermissen Lotte Lemke

Heinz Westphal, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, sprach bei der Trauerfeier für die Ehrenvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, Lotte Lemke, auf dem Bonner Nordfriedhof folgende Worte.

Da verläßt uns für immer unsere langjährige Weggenossin Lotte Lemke. Sie, die für viele von uns, die heute auch schon zu den Älteren gehören, eigentlich wie eine Mutter war, zu der man mit seinen Sorgen auch dann noch gehen konnte, wenn man längst erwachsen und für seine Handlungen selbst verantwortlich geworden war, diese Lotte Lemke ist nicht mehr unter uns lebenden Freunden. Wir vermissen sie. Uns fehlt ihre bedächtige, gründliche Antwort auf unsere Fragen, ihr durchdachter Rat, ihre sichere Führung.

Wer das Glück hatte, diese tapfere, kluge Frau persönlich zu kennen, der weiß, wie eng ihr unermüdliches Wirken mit der Geschichte nicht nur der Arbeiterwohlfahrt, sondern der gesamten Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verbunden ist, der weiß, wieviel wir Sozialdemokraten dem unermüdlichen Einsatz dieser bewundernswerten Frau schulden.

Es gibt eine Schwierigkeit, die Leistung und die Persönlichkeit Lotte Lemkes zu würdigen. Sie rührt vor allem daher, daß die Gesellschaft, in der wir leben, wohl vornehmlich, unter dem Einfluß der Medien, auf Spektakuläres als Kennzeichen für persönliche Leistung fixiert ist. Was sich nicht unter großem publizistischen Wirbel vollzieht, hat keine oder doch nur wenig Chancen, überhaupt als bedeutsam wahrgenommen zu werden. Genau das aber, Spektakuläres nämlich, war Lotte Lemke fremd. Es ist der stetige und zuverlässige Einsatz Lotte Lemkes, in dem sich ihre große Leistung darstellt. Und mit dieser Stetigkeit und Zuverlässigkeit hat sie ein Werk geschaffen aus den Trümmern der Nachkriegszeit, dem Hunderttausende von in Not geratenen Menschen Hilfe verdanken.

Zu ihrem sechzigsten Geburtstag schrieb Alfred Nau, ihr Kampfgefährte in der Illegalität während der Naziherrschaft: „Als wir Lotte Lemke riefen, kam sie sofort.“ Dieser Satz, so meine ich, könnte als Motto gelten für das gesamte Lebenswerk der Verstorbenen. Als 28jährige 1929 von Marie Juchacz nach Berlin geholt, baute die im ostpreußischen Königsberg geborene junge Hauptfürsorgerin die Arbeiterwohlfahrt mit auf, die damals noch Teil der SPD war. Und als nach 1933 die Opposition gegen die Nationalsozialisten in die Illegalität gedrängt war, da war Lotte Lemke mit all ihrer Tatkraft und Verlässlichkeit wie selbstverständlich dabei, mit Kurt Schumacher, Fritz Eiler und Alfred Nau eine Widerstandsgruppe aufzubauen, deren Aufgabe unter anderem die Verteilung des Illegal in Prag erscheinenden „Vorwärts“ war.

Auch als sie, nach mehr als einem Jahr in dieser Tätigkeit, der Gestapo aufgefallen und mehrfach in „Schutzhaft“ genommen worden war, blieb Lotte Lemke weiterhin im Dienst des Kampfes gegen das Hitler-Regime, für Freiheit und Gerechtigkeit. Als Kurier zwischen Berlin und Prag wurde sie zur Schlüsselfigur in der illegalen Bewegung unserer Partei. Die Gefährlichkeit der Aufgabe, die ihr wohl bewußt war, konnte ihren Einsatz nicht mindern.

Nun sind es schon mehr als vierzig Jahre, die seit dem Ende der Hitler-Herrschaft und des Krieges hinter uns liegen. Für jeden von uns, der diese Zeit bewußt in oder in der Nähe der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen erlebt hat, war Lotte Lemke eine Institution. Ich will die Leistung der großen Vorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt dieser Jahre nicht schmälern. Ich meine eher, daß Sie mir zustimmen, wenn ich sage, daß Lotte Lemke die Institution Arbeiterwohlfahrt verkörperte, also die durch sie gestaltete moderne Großorganisation solidarischer Hilfe.

Ob im Vorstand der Sozialdemokratischen Partei, ob im Gespräch mit den Gewerkschaften, ob in der Unterstützung der Erziehungsarbeit der sozialistischen Jugendorganisation, ob in der Zusammenarbeit mit den anderen Wohlfahrtsverbänden, ob bei der Entwicklung und Einflußnahme auf die Sozialgesetzgebung und Förderung der sozialen Arbeit in Parlament und Regierung, wenn es um die sozialdemokratisch durchdachte Position ging, war es Lotte Lemke, auf die man sich berief und auf deren Wort und Engagement man sich stützen konnte.

Sie entwickelte das Konzept einer vorausschauenden Sozialpolitik, die sich nicht damit begnügt, auf soziale Notstände erst nach deren Eintreten zu reagieren - ein Konzept, das von seiner Aktualität nichts verloren hat. Auch ihr Eintreten für die sozial Benachteiligten bleibt beispielhaft in einer Zeit, in der sich politische Kräfte, die leider Gewicht haben, darum bemühen, Thema und Begriff des „Benachteiligten“ am liebsten zu verdrängen, um sich der Förderung von Eliten zu widmen.

Die unermüdliche Tatkraft, aus der heraus Lotte Lemke stetig, tapfer und völlig uneitel arbeitete und Verantwortung für unsere Gesellschaft übernahm, macht zugleich das Faszinierende dieser Persönlichkeit aus, die ein Vorbild für alle Sozialdemokraten ist. Wer das Glück hatte, ihr zu begegnen, fühlte sich schnell in ihren Bann gezogen. Lotte Lemkes Wirken war gelebte politische Verantwortung und Solidarität. Dafür danken wir ihr. Ihr Andenken aber sollten wir dadurch bewahren, daß wir in Ihrem Geiste weiter arbeiten.

(-/29.4.1988/rs/ks)